

RUSSLAND

## Grabenkrieg der Generäle

Ein schwerer Konflikt zwischen dem russischen Verteidigungsminister und seinem Generalstabschef blockiert die Militärreform. Die Säuberungen im Staatsapparat hat Russlands Präsident Wladimir Putin jetzt auf die Armee ausgedehnt. Sechs Generäle des Verteidigungsministeriums müssen ihren Abschied nehmen. Die Entlassenen gelten



Sergejew, Putin, Kwaschnin

als enge Verbündete des Ministers Igor Sergejew, 62. Mit dem Rauswurf ergreift Putin die Partei seines Generalstabschefs Anatolij Kwaschnin, 53. Der Armeegeneral führt bereits seit Monaten Kleinkrieg gegen seinen Vorgesetzten: Von Putin hatte Kwaschnin im Frühjahr ge-

fordert, 16 Divisionen der strategischen Raketentruppen bis 2003 aufzulösen und rund 100 000 Spezialisten dieser Einheiten zu pensionieren. Sergejew hatte bis zu seiner Minister-Ernennung im Mai 1997 fünf Jahre lang die Raketenverbände kommandiert. Sie sind bis heute seine Lieblingstruppe und partizipieren mit 13,8 Prozent am Verteidigungsetat. Nach der Reduzierung der einsatzbereiten landgestützten Interkontinentalraketen auf 150 (gegenwärtig 756) möchte Kwaschnin die eingesparten Mittel lieber in konventionelles Schießzeug stecken. Diese Reformidee behagt auch dem Präsidenten. Denn eine mit Panzern und Artillerie aufgerüstete Armee taugt zur inneren Eingreiftruppe, wie Putin sie sich wünscht. Ob der Kreml dem Haudegen Kwaschnin, der mit seinem Amtschef nur noch schriftlich verkehrt, seinen Wunsch erfüllen kann, Minister zu werden, scheint zweifelhaft. Weder die Mehrheit der Moskauer Generalität noch die meisten Militärpolitiker der Duma mögen sich mit einer reduzierten atomaren Abschreckung abfinden – und schon gar nicht mit der Insubordination des Generalstabschefs.

KRIEGSVERBRECHEN

## Kroaten gegen Sarajevo

Auch kroatische Truppen waren im Herbst 1993 bei der militärischen Belagerung von Sarajevo beteiligt. Dies belegen neue Dokumente aus den Archiven des Ex-Geheimdienstes SIS der bosnischen Kroaten. Zwischen April 1992 und September 1995 lag die bosnische Hauptstadt im Würgegriff der Serben, die von den Bergketten aus in annähernd 300 Geschützstellungen fast jeden Winkel der damals 360 000 Einwohner zählenden Metropole ins Visier nahmen. Etwa 10 000 Bürger Sarajevos kamen durch Granatenbeschuss und durch Kugeln von Heckenschützen ums Leben – einige hundert davon wohl durch kroatische Hand. Eine Einheit der bosnisch-kroatischen Brigade „B. J. Jelačić“ unter dem Kommando von Ivica Rajić verbündete sich kurzzeitig mit den Serben. „Wir mussten den Moslems zeigen, wir Kroaten wissen uns zu wehren“, rechtfertigte Rajić in jenen Tagen vor seinen Kampfgefährten die Militäraktion. Das Uno-Tribunal zur Ahndung von Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien beschuldigt Rajić außerdem, für die Planung und Durchführung eines Massakers an mindestens 16 muslimischen Zivilisten im zentralbosnischen

Dorf Stupni Do am 23. Oktober 1993 verantwortlich zu sein. Bislang ignorieren die Behörden in Kroatien, wohin Rajić nach Ende des Bosnienkriegs flüchtete, das Auslieferungsbegehren des Haager Tribunals.



Sarajevo im Krieg (1993)

auf Bezahlung in Schweizer Franken beharrten. Forderungen nach Kompensation von Überlebenden und deren Nachkommen sieht die UBS heute gelassen. „Durch den Vergleich von 1998 sind alle Ansprüche abgedeckt“, erklärt ein Sprecher. Damals verpflichteten sich die UBS und die andere schweizerische Großbank, Credit Suisse, 1,25 Milliarden Dollar wegen der de facto unterschlagenen Konten von Holocaust-Opfern zu zahlen. Inzwischen ist die erste Forderung eines ehemaligen Zwangsarbeiters gegen die UBS beim zuständigen New Yorker Richter Edward Korman eingegangen – das bestätigt die Bank. Noch haben schweizerische Unternehmen drei Wochen Zeit, um Richter Korman vollständig über Sklavenarbeiter in ihren deutschen Dependancen zu informieren. Anderenfalls müssen die Eidgenossen mit neuen Sammelklagen rechnen.

fahrlos möglich sei. Der Atomingenieur John Large, neben anderen Fachleuten als Experte nach Gibraltar bestellt, erklärte dem SPIEGEL nach Begutachtung des U-Boots in der vergangenen Woche, die Angelegenheit sei „sehr sensibel“. Die britischen Behörden haben inzwischen eine Nachrichtensperre über die mysteriöse Havarie verhängt. Carlos Bravo, Mitarbeiter von Greenpeace in Spanien, fordert nun die britische Regierung auf, Klarheit über den gesundheitlichen Zustand der Bootsmannschaft und mögliche Gefahren für die Bevölkerung von Gibraltar zu schaffen. Im Juli haben 2000 Menschen in Gibraltar gegen das U-Boot in ihrem Hafen demonstriert, weitere Protestmärsche sind angekündigt.

Beschädigtes Atom-U-Boot „HMS Tireless“